

ALLE DATEN

Thomas Hecken

Zum Höhepunkt und baldigen Ende des Internetfirmen-Hypes um 2000 konnte man häufig ein Beispiel lesen. Es ging um den vom Netz erfassten Kühlschrank. Lieferfirmen sollten neue Waren anliefern, sobald sie automatisch die Nachricht ›vom Kühlschrank‹ erhalten hatten, Milch oder Butter sei bald verbraucht. Anschaulich sollte das Beispiel zeigen, wie groß die Möglichkeiten des E-Commerce und der Vernetzung seien. Solche Demonstrationen hatten den Zweck, den Wert vieler frisch börsennotierter Internetfirmen zu rechtfertigen. Deren Marktkapitalisierung kam, obwohl sie bloß äußerst geringe Umsätze und dennoch hohe Startverluste in der Bilanz verzeichneten, dem Börsenwert ansehnlicher mittelständischer, umsatzstarker, hochprofitabler Firmen gleich oder übertraf ihn. Das skurrile Beispiel des ›intelligenten‹ Kühlschranks vor Augen, hätte es für jeden Anleger eigentlich nur eine Konsequenz geben dürfen: sofortige Liquidation der Wertpapierbestände. Wie bekannt, geschah dies nicht bzw. erst nach und nach unfreiwillig im Zuge des langgezogenen Crashes der Jahre 2000–2002. So viel zur Urteilskraft in diesem Bereich.

43

Auf zweifelhaftem Niveau bewegten sich in späteren Jahren auch die Kritiken an den neuen Formen jener Datenauswertung, die tatsächlich für einige Firmen ein lukratives Geschäft darstellt. Die Klagen über den Verlust an Individualität und Wahlfreiheit, die kreative Publizisten nach Betrachtung personalisierter Werbung und Kaufempfehlungen anstimmen, muten merkwürdig an, gerade für Geisteswissenschaftler und Kulturjournalisten. Schließlich bestehen deren

Gespräche teilweise seit Schulhoftragen aus kaum etwas anderem als aus Hinweisen auf verwandte Gegenstände: >Du magst Neil Young? Dann hör dir doch mal Charles Manson an!<

Hinter der besorgten Feststellung, die mächtigen Internetfirmen bestimmten erfolgreich unsere Zukunft, indem sie unseren Entdeckungsfreiraum durch ihre Kaufhinweise und hierarchisierten Trefferlisten stark beschränkten, steht der gewichtigere Vorwurf, die Kulturindustrie schaffe dauerhaft Konformismus und Eindimensionalität. Netzapologeten verweisen im Gegenzug gerne auf die enormen Möglichkeiten, die das weltweite Archiv jetzt biete, ebenso wie Marktwirtschaftler heute wie gestern auf die Vielfalt des Warenangebots. Offenkundig werden diese Möglichkeiten aber jeweils sehr unterschiedlich ergriffen, deshalb kommt die Debatte nie an ihr Ende. Zur Grenze, die Vielfalt von Konformismus trennt, gibt es keine geteilten Ansichten, darum kann die Seite der Kritiker stets an ihrer Position festhalten, auch wenn das Netz allerlei merkwürdige und abweichende Seiten bereithält, die, außerhalb von China, Iran etc., getreulich über Suchmaschinen zu erreichen sind und tatsächlich auch häufiger angeklickt werden. Den Kritikern von Google & Co. bleibt stets der Hinweis, dass solche ungewöhnlichen, nonkonformen Inhalte noch viel häufiger wahrgenommen würden, wenn die Trefferlisten nicht vorwiegend nach Popularitätsgesichtspunkten gewichtet wären.

44

Die Exekutive hilft auch nicht weiter, sie entzieht Google etc. nicht die Kontrolle über die Daten, um Internetuser bei ihren Eingaben stets auf kulturell und wissenschaftlich wertvolle und verifizierte Seiten zu führen, die im Sinne der Kritiker handelten oder gleich ihre Vorstellungen veröffentlichten. Staatliche Eingriffe gibt es in Deutschland nur in Einzelfällen. Gegen Googles Spezialdienst Street View etwa wurde Immobilienbesitzern die Möglichkeit eingeräumt, die Veröffentlichung von Bildern der Außenwände ihres Hauses zu unterbinden. Diese >Daten<, die jeder Person von öffentlichen Straßen aus frei zugänglich sind, sehen deutsche Behörden im Falle von Netzbildern eigentümlicherweise als schutzwürdig an.

In Anbetracht der teils albernen, teils eher akademischen Diskussionen rund um die Datensammlungen und -auswertungen kommerzieller Unternehmen kann man fast froh sein, dass nun ein anderer Akteur in den Blickpunkt geraten ist, über dessen Bedeutung niemand rätseln muss: der US-amerikanische Staat. Keine Differenzierung ist hier nötig: die USA sind interessiert an allen Daten. Das ist nur konsequent. Wer den »war on terror« erklärt – den Krieg also von militärischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten löst und sich selbst damit in die Lage versetzen möchte, auf der ganzen Welt gegen einzelne Personen, die in Verdacht stehen, Terroristen zu sein, martialisch tätig zu werden –, der sieht sich natürlich ebenfalls befugt, auf alle Kommunikationsakte Zugriff zu gewinnen.

Den Unterschied macht dann nur, auf welchem Territorium man ohne größeres politisches und militärisches Risiko die einschlägigen Aktionen durchführen kann. Ein Drohnenangriff, der das Hoheitsgebiet Chinas oder Russlands träfe, steht – im Gegensatz etwa zu Jemen oder Pakistan – nicht an. Spionagetätigkeiten und Ausspähaktionen (auch mittels Drohnen) sorgen zwar ebenfalls für Verstimmungen zwischen Ländern, zählen aber momentan nicht zu Kriegsgründen. Da die Überwachung des Routerverkehrs zumindest partiell von den meisten Staaten (Frankreich, Deutschland, Russland usw.) betrieben wird, wäre eine allzu forcierte Kritik an den USA in der Tat bloß heuchlerisch. Die Überwachung der Telekommunikation besitzt zudem den Vorteil, dass sie zumeist nicht auf dem Gebiet der betroffenen Länder selbst durchgeführt werden muss, darum entfallen die klassischen Auseinandersetzungen, die bei Grenzverletzungen oder festgenommenen Spionen auf der Tagesordnung stehen.

Die Kritik der deutschen Regierung an den USA fiel entsprechend zurückhaltend aus. Einige deutsche Presseorgane überboten sich hingegen mit absurden Kommentaren. Die USA könnten sich nicht plausibel auf die Terrorismusabwehr berufen, viel mehr amerikanische Bürger kämen durch amerikanische Schusswaffen um, usw. Als sei es ein Argument gegen die National Security Agency, dass islamistische Attentäter nicht mehr ihren mörderischen Coup aus dem Jahr 2001 wiederholen konnten. Ihre Bereitschaft, mit allen Mitteln nicht nur gegen staatliche Vertreter, sondern gegen jeden, der amerikanischer Bürger ist oder sich auf amerikanischem Boden befindet, vorzugehen, haben diverse islamistische Gruppen schließlich bis heute oft genug bekundet. Wieso sollte man ihnen nicht glauben? Ihre geringe Stärke und ihr mangelndes technologisches Wissen müssen ihre Absichten zukünftig nicht in jedem Fall durchkreuzen. Den Verweis der Amerikaner auf terroristische Gefahren kann man deshalb nicht als bloßen Vorwand abtun, mit dem totalitäre Bestrebungen bemäntelt werden sollen.

Dennoch stellt das US-amerikanische Vorgehen eine deutliche antiliberale Handlung dar: Nicht der Schutz vor dem Staat ist entscheidend, sondern der behauptete Schutz durch ihn. Alle technischen Mittel für eine umfassende Kontrolle politischer Äußerungen und des staatstreuen Verhaltens jedes Individuums liegen nicht nur vor, sondern kommen bereits zum Einsatz, reguliert nur durch exekutive Stellen, Geheimdienste und -gerichte.

Bei diesem staatlichen Einsatz geht es nicht um das illiberale, oftmals kindische pädagogische Bemühen, Facebook-Nutzer vor sich selbst zu schützen und die kommerzielle Auswertung von Selbstdarstellungsakten zu unterbinden. Hier geht es auch nicht um Bestrebungen von Versicherungsgesellschaften und staatlichen Stellen, im Netz preisgegebene Bio-Daten zum Zwecke der Verhaltenssteuerung zu nutzen, wie futuristisch gesonnene Internetexperten hoffen oder befürchten. Hier geht es um den vollkommen

vertrauten und realen Einsatz von Überwachungsmöglichkeiten im Dienste politischer Überzeugungen.

Gegenwärtig ist das für das politische Leben in den westlichen Staaten noch ohne direkte Bedeutung. Offene oder verdeckte Sympathien für religiöse Fanatiker hegt so gut wie niemand. Viel wichtiger: Es gibt auch keine politischen Organisationen mit nennenswerter Resonanz bei größeren oder einflussreichen gesellschaftlichen Schichten oder Kreisen, die für eine gravierende Änderung gerade ökonomischer Art eintreten. Deshalb bleibt die Öffentlichkeit von der (potenziellen) Auswertung aller Daten weitgehend unberührt. Die geringe Bandbreite der bestimmenden politischen und ökonomischen Einschätzungen erübrigt momentan ausgreifendere Überwachungsmaßnahmen. Die bedeutenden veröffentlichten Meinungen fallen gegenwärtig fast alle systemkonform aus, in der Hinsicht haben die westlichen Bürger in ihrer weit überwiegenden Mehrheit tatsächlich nichts zu verbergen. Abweichungen können leicht toleriert werden, weil (und solange) sie ohne Rückhalt bleiben und vor allem keine politische Schlagkraft gewinnen.

46

Man stelle sich aber einmal vor, Prism, XKeyscore und verwandte Programme hätten bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre vorgelegen. Es braucht keinerlei Fantasie, um zu erahnen, wie stark und umfassend jene großen, wirkungsmächtigen studentischen, akademischen, publizistischen, (pop)kulturellen Kreise, die mehr oder minder antikapitalistisch ausgerichtet waren, in ihrer alltäglichen Kommunikation und Mobilität von staatlicher Seite erfasst und kontrolliert worden wären. Mit der Fähigkeit, über alle Netzdaten zu verfügen, ist das ›Ende der Geschichte‹ in den westlichen Nationen deshalb einen beachtlichen Schritt nähergekommen.

Oder nüchterner ausgedrückt: Alles bleibt, wie es ist. Eines hat sich allerdings geändert: Die Überwachungstechniken haben nun eine Reichweite und technische Reife erlangt, die jedem diktatorischen Regime vorzügliche Möglichkeiten bieten. Deshalb kann man noch von Glück reden, dass die größten militärischen und geheimdienstlichen Mittel in den Händen einer Macht mit einer vergleichsweise langen liberalen Geschichte liegen, in denen der USA (nicht z.B. denen Deutschlands). ◆